

Wohlstandssaft Erdöl und die Weltkrise um Ökologie, Frieden und Entwicklung

Ulrich Jochimsen

Seit 1994 weiß die US-National-Security-Agency / NSA aus abgehörten Telefongesprächen der saudi-arabischen Königsfamilie, dass das Regime - korrupt, entfremdet von den religiösen Strömungen, geschwächt und verängstigt - seine Existenz Schutzgeldzahlungen an fundamentalistische Gruppen verdankt, die sie stürzen wollen. Seit 1996 unterstützte Saudi-Geld Osama bin Laden's Al Qaeda und andere Extremistengruppen in Afghanistan, Libanon, Yemen, Zentral Asien und dem Persischen Golf. Ein hoher amerikanischer Geheimdienstler: „1996 ist das Entscheidungsjahr, in dem das Saudi-Regime auf die dunkle Seite ging. Sowohl die Bush - wie auch die Clinton-Regierung verweigern sich dieser Wirklichkeit, sogar nach den Folgen der Terrorangriffe des 11. Septembers“.

Kurz vor dem Luftkrieg gegen Afghanistan wurde ein Photo-Termin zwischen dem US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und König Fahd organisiert. Die Bilder dieses Treffens gingen um die Welt. Rund um die Uhr medizinisch betreut, kann König Fahd auf seinem Thron sitzen und seine Augen öffnen, ist jedoch unfähig, selbst seine ältesten Freunde zu erkennen. Ein früherer Ratgeber des Weissen Hauses: „Der einzige Grund, dass Fahd am Leben gehalten wird, ist, dass Kronprinz Abdullah, sein Halbbruder, nicht die Macht übernimmt“. Kronprinz Abdullah ermahnt seine Mitprinzen, ihre Korruptionstätigkeit zu beenden.

Mehr als die Hälfte - neunzehn - der Terroristen, die das World Trade Center und das Pentagon angriffen, sollen aus Saudi-Arabien stammen. Doch die Sau-

dis verweigern FBI und CIA jegliche Spurenverfolgung. Die USA könnten auf Namen und Umfeld tausender Saudis stoßen, die sich fundamentalistischen Gruppen im ganzen Mittleren Osten angeschlossen haben. Weil die saudische Königsfamilie sich in luxuriösem Saus und Braus vom Volk entfremdete, ist sie unfähig, der steigenden Arbeitslosigkeit und ungenügenden Bildung zu begegnen - in einem Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung unter achtzehn Jahren ist. Stattdessen füllten die Saudi-Prinzen, von denen es Tausende gibt, seit Jahren Zeitungen mit Berichten über ihre Saufgelage und Parties mit Prostituierten, während sie mehrere Milliarden Dollar dem Staatshaushalt entwendeten. Trotz seiner enormen Erdölgelder hat Saudi-Arabien seit einem Jahrzehnt Haushaltsdefizite.

Zur Erinnerung:

- Das Fahd-Regime war während der Reagan-Regierung Hauptfinanzier der Anti-Kommunismus-Aktionen in Latein-Amerika und des Krieges in Afghanistan gegen die Sowjet-Union.
- Der jetzige US-Präsident George W. Bush kam mit Spenden von Öl-Konzernen an die Macht. US-Vizepräsident Dick Cheney war bis Ende letzten Jahres Chef der texanischen Ölzulieferfirma Halliburton, die mehrere Tochtergesellschaften in Saudi-Arabien führt.

„Die USA sind Geiseln der Stabilität des Saudi-Systems“, so ein prominenter Ölmann des Nahen Ostens, „es ist Zeit, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Der Krieg wurde von bin Laden erklärt, aber da sind tausende bin Ladens. Sie bestimmen das Spiel - die Agenda. Es ist

eine neue Form des Krieges.“ Das Saudi-Regime „wird explodieren. Es hat ein heikles Spiel gespielt.“ Wie die verantwortlichen Terroristen für die 11. September-Anschläge, werden „sie nun die Zeit bestimmen. Wenn sie einen ähnlichen Anschlag in Saudi-Arabien durchführen, wird der Preis pro Barrel Öl auf 100 US-Dollar ansteigen“ - mehr als fünf mal so viel wie heute.

Right or wrong - my oil

Es besteht seit Jahrzehnten ein enger Zusammenhang zwischen Staatsbildung und rohstoffstrategischer Sicherheitspolitik im Nahen Osten. Das Vordringen der europäischen Seehandelsmächte im Indischen Ozean und im Persischen Golf, ihre Rivalitäten untereinander (Portugiesen, Holländer, Franzosen, Briten) sowie Kollisionen mit dem arabischen Küsten- und Fernhandel führten gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem System einseitiger Verträge, unter denen die Emirate gegen eine Schutzverpflichtung die Gestaltung und Wahrnehmung ihrer Außenbeziehungen vor allem mit außerregionalen Mächten dem Britischen Empire übertrugen. Im Falle Kuwaits konnten die Briten mittels des Schutzvertrages aus dem Jahre 1899 das Vordringen der deutsch-türkischen Bagdad-Bahn zum Golf blockieren. Mit Hilfe des Systems einseitiger Verträge konnten sich bis Mitte des letzten Jahrhunderts britisch kontrollierte Ölgesellschaften nahezu alle Förderkonzessionen in den Emiraten sichern. Selbst in Kuwait und Bahrain, wo amerikanische Ölgesellschaften nach dem Ersten Weltkrieg unter dem Schirm der „offenen Tür“-Politik Washingtons der Einbruch in die britische Domäne gelang, wurde die vertragliche Vormachtstellung der Briten dadurch gewahrt, dass sich diese Gesellschaften im kanadischen Dominion registrieren lassen mussten.

Als sich nach dem Ersten Weltkrieg die Briten im Auftrag des Völkerbundes - de facto handelte es sich um einen Selbstauftrag - der Staatsbildung in Irak annahmen, mögen sie der Überzeugung

sind in der Vorkette des Erdgases höhere NO_x -Emissionen zu verzeichnen, verursacht durch die hohen Transportentfernungen und damit verbundenen Verdichterleistungen und Emissionen in der GUS.

- Die Gesamtbilanzierung ergibt im Vergleich der Energieträger Erdgas und Heizöl EL beim kumulierten Energieaufwand, der die energetische Effizienz des gesamten Prozesses widerspiegelt, Vorteile für Heizöl EL, speziell beim Einsatz der Brennwerttechnik. Bei den NO_x -Emissionen werden die Vorteile von Erdgas in der Anwendung moderner Verbrennungssysteme bei der Gesamtbilanzierung einschließlich der Vorketten sogar überkompensiert. Bei den SO_2 -Emissionen weisen Erdgasysteme im Vergleich zu Heizöl EL auch in der Gesamtbilanzierung Vorteile auf. Eine zukünftige Reduzierung des Schwefelgehalts von Heizöl würde diesen Vorteil naturgemäß reduzieren.
- Bei der ökologischen Bewertung von Heizsystemen wird den Treibhausgasemissionen - angegeben durch das CO_2 -Äquivalent - besonderes Augenmerk gewidmet. Hier zeigt die vorliegende Untersuchung, dass eine Gesamtbilanzierung einschließlich Vorketten zu einer deutlich anderen Bewertung insbesondere zwischen Erdgas und Heizöl EL führt. So liegen die CO_2 -Äquivalente bei isolierter Betrachtung der Heizsysteme ohne Berücksichtigung der Prozessvorketten bei Heizöl EL 30-32 % höher als bei Erdgas. Bei der Gesamtbilanzierung liegen die Bandbreiten der CO_2 -Äquivalente von Heizöl EL in allen betrachteten Vergleichsfällen innerhalb der deutlich ausgeprägten Erdgas-Bandbreiten. So wird das Klima nach den FICHTNER-Berechnungen mit 347 bis 394 kg/MWh Nutzwärme doppelt so stark belastet wie der bisher von der Gaswirtschaft angegebene Wert von 200 bis 229 kg/MWh Nutzwärme. Die Maximalwerte an den oberen Bandbreiten liegen bei

Erdgas 9 % über den entsprechenden Werten bei Heizöl EL.

Die ganzheitliche Bilanzierung hat zum Ergebnis, dass das Heizen mit Erdgas nicht klimaschonender ist als das Heizen mit Heizöl.

- Bei einer Betrachtung des Treibhauspotenzials über 20 Jahre statt der üblicherweise verwendeten 100 Jahre ist das Heizen mit Erdgas deutlich klimaschädlicher als das Heizen mit Heizöl.
- Die Gesamtbilanzierung zeigt auch deutlich durch den Vergleich alter und neuer Heizungsanlagen, dass durch die Modernisierung eine erhebliche Reduktion des Primärenergieaufwands erreicht werden kann.
- Die Vorteile von Systemen zur Kraft-Wärme-Kopplung, die sich aus den rechnerischen Gutschriften für die vermiedene Stromerzeugung ergeben, zeigen sich auch in dieser Studie.
- Beim Einsatz von Strom für die Beheizung können elektrische Wärmepumpen tendenziell zu niedrigeren Werten für den kumulierten Energieaufwand und CO_2 -Äquivalente führen. Voraussetzung dafür sind hohe Jahresarbeitszahlen (Nutzungsgrade), die nach praktischen Untersuchungen jedoch eine hohe Bandbreite aufweisen. Der Einsatz einer elektrischen Direktheizung führt wegen des großen Aufwands der Stromerzeugung zu relativ hohen Werten für den kumulierten Energieaufwand und Emissionen im Vergleich zu anderen Heizsystemen.

Den Ergebnissen dieser Studie, die eine Klimaschädigung durch die Nutzung von Erdgas bescheinigt, ist hinzuzufügen, dass der weitere Aufbau einer Erdgasinfrastruktur in Deutschland aufgrund der hohen Investitionen für Pipelines bzw. Verflüssigung sehr kostspielig ist, da die Reserven auf dem europäischen Markt zurückgehen und die Neubewertungen vorhandener Gasfelder und Neufunde den Verbrauchsanstieg nicht kompensieren können. Die

großen Gasvorkommen liegen in Russland und im Nahen Osten, so dass die deutsche Gasversorgung bei verstärkter Nutzung von Erdgas im Jahr 2010 zu 90 % von Russland abhängig sein wird (Jörg Schindler und Werner Zittel in „Solarzeitalter“ 2/1999). Da gerade beim Erdgasferntransport hohe Emissionen durch Gasturbinen verursacht werden, die im Abstand von 100-200 km als Kompressorstationen zum Ausgleich von Druckverlusten zum Einsatz kommen (NO_x : bis zu 350 kg/TJ_{Erdgas}, CO: bis zu 150 kg, NMVOC: bis zu 20 kg, CH_4 : bis zu 10 kg, N_2O : bis zu 3 kg und Partikel: bis zu 3 kg), und zudem auf langen Transportstrecken nach Angaben von Greenpeace mit Erdgaslecks in einer Größenordnung von 5 bis 8 % zu rechnen ist, sollte auf Erdgas als Brücke auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung aus Klimaschutzgründen verzichtet und die Mittel zum zügigen Aufbau einer dezentralen Versorgungsstruktur auf der Basis Erneuerbarer Energien verwendet werden.

Dr. Simone Peter, EUROSOLAR e.V.

FICHTNER: Ganzheitliche Energie- und Emissionsbilanzierung von Heizsystemen, Medien Vertriebs- und Verlagsgesellschaft mbH, Düsseldorf 2001, 90 DM.

gewesen sein, diese schwierige Aufgabe mit ihrem angelsächsischen Vertragsstaatsdenken bewältigen zu können. Doch die Briten traten überheblich auf - wie die Franzosen in Syrien. Die Verfassungsreformbestrebungen aus der Vorkriegszeit, die Debatten im Arabischen Nationalkongreß in Damaskus wurden nicht berücksichtigt. Die europäische Ordnungspolitik im Nahen Osten war eine Verordnungs- und Verwaltungspolitik. Wie das Studium der britischen Akten offenlegt, war Londons primäres Anliegen im Irak die langfristige physische Kontrolle über die dortigen Öllagerstätten. Der König am Tigris wurde mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, um das Parlament zu entmachten, dem britischen Hochkommissar die Handhabe für Interventionen zu liefern und für das britische System der einseitigen Verträge die Gegenunterzeichnung zu sichern. Es gehört zu den Erbblenden der britischen Mandatspolitik und der Rolle des Völkerbunds im Nahen Osten, daß die Demokratie diskreditiert bzw. zum imperialen Kontrollinstrument umfunktioniert wurde. Billiger als Garnisonen und Truppen war laut Churchill die Stationierung einiger Geschwader der Royal Air Force.

Die USA kamen erst nach dem Zweiten Weltkrieg richtig ins Spiel, vorwiegend über Saudi-Arabien. Die Gründung und Konsolidierung des Königreichs Saudi-Arabien, seit den frühen 30er Jahren des letzten Jahrhunderts die fiskalische Quelle des Staatswesens, wäre ohne die amerikanischen Ölkonzessionen und ohne die amerikanische Sicherheitspolitik kaum gewährleistet gewesen. Wie im britischen Fall für den Ersten Weltkrieg, so legt auch im amerikanischen Fall für den Zweiten Weltkrieg ein Studium der Akten der einschlägigen Ministerien einschließlich des Geheimdienstes offen, dass aus der Sicht der im Selbstauftrag führenden Ordnungsmacht Friedenspolitik unter anderem die Sicherung ausreichender Ölreserven bedeutete, um jeden zukünftigen Krieg bestehen zu können.

1952/53 haben Großbritannien, die USA und andere westliche Nationen mittels

Ölboykott und einem vom CIA gesteuerten Militärputsch die erste demokratisch gewählte Regierung unter Mosadegh gestürzt, weil er es als erster politischer Führer in der Golfregion gewagt hatte, durch die Verstaatlichung von British Petroleum der Souveränität des Iran über die eigenen Ölquellen Geltung zu verschaffen. Er repräsentierte jene Kräfte im Iran, die bürgerlich-parlamentarische Institutionen an die Stelle der absoluten Monarchie des Schahs setzen wollten.

Das danach von der Schah-Diktatur verordnete pseudomoderne Wirtschaftssystem („weiße Revolution“), das breite Bevölkerungsschichten des Irans als Fremdkörper ablehnten, unterstützten auch die USA. Die USA machten das vom eigenen Volk verhaßte Schah-Regime mit massiver militärischer Aufrüstung und der Stationierung von 40.000 amerikanischen Offizieren („Berater“) zum Gendarmen der Golfregion. Das schürte Bedrohungsängste bei den Nachbarstaaten und forcierte einen noch nie dagewesenen Rüstungswettlauf in der Region.

Die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges getroffene anglo-amerikanische Vereinbarung über die langfristige rohstofftragische Sicherheitspolitik im Nahen Osten steht mehr denn je auf dem Prüfstand. Neuerliche internationale Verschiebungen und Erschütterungen läuten eine neue Runde im Verteilungskampf um die Rohölreserven der Golfregion ein. Rohstoff-strategische Sicherheitspolitik, Ordnungspolitik oder Staatlichkeit sowie Völkerrecht sind in der Golfregion ein Amalgam, dem aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen, aber auch politisch-historischen Identifikationsmuster der Anrainer, eine Sprengkraft mit kaum abschätzbarem Ausbreitungsrisiko innewohnt.

Es geht nicht um moralische Werte, sondern um handfeste Interessen

Unter dem Vorwand „arabisches Land und arabische Brüder und Schwestern“

überfielen im September 1980 Saddam Husseins Truppen die ölfreiche Provinz Khusistan im Südwesten des Iran. George Bush, Vater des jetzigen US-Präsidenten, war als seinerzeitiger CIA-Chef mit Saddam Hussein befreundet. Aus Sicht der USA war es notwendig geworden, den Iran zu entwaffnen. Der vom britischen Geheimdienst installierte Schah Resa Pahlewi hatte als mit modernsten Waffen hochgerüsteter „Polizist des Nahen Osten“ im Sinne der westlichen Industrienationen fast drei Jahrzehnte gedient. Doch nun war es Ayatollah Khomeini, der seine theokratische Diktatur etabliert hatte. Saddam Hussein sollte die offensichtliche militärische Schwäche des Iran aufgrund der islamischen Revolution nutzen, deren Ölquellen und den freien Zugang zum Persischen Golf erbeuten, auch um die Übertragung der islamischen Revolution in andere Länder einzudämmen.

Nach acht Jahren Krieg mit einer Million Toten und ca. 1000 Milliarden US-Dollar materiellem Schaden auf beiden Seiten, hatten die USA ihr Ziel erreicht, den Iran zu schwächen. Jedoch Saddam Hussein hatte sein Ziel nicht erreicht.

Nun war der Irak hochgerüstet. Um diese Macht zu begrenzen, wurde Saddam Hussein von der Botschafterin der USA im Glauben gelassen, er könne sanktionslos Kuwait überfallen. Durch die umfangreichen Waffenlieferungen, die Saddam Hussein von der Sowjetunion und westlichen Staaten während des Golfkrieges erhielt, und dadurch, daß er auch nach Beendigung des Golfkrieges sogar von staatlichem Personal westlicher Länder bei der Herstellung chemischer Waffen unterstützt wurde, fühlte er sich offenbar erneut ermutigt, ungestraft ein anderes Nachbarland überfallen zu können. Dabei übersah Saddam Hussein, daß er die Unterstützung im Krieg gegen Iran als Gegenleistung für die Eindämmung der Islamischen Revolution erhielt, während er durch den Überfall auf Kuwait unmittelbar massive westliche Interessen bedrohte und im Begriff war, die Kräfteverhältnisse in der Golfregion zu Ungunsten der USA zu verändern.

Ein Vergleich von gänzlich unterschiedlichen Reaktionen auf ein und denselben Sachverhalt, nämlich die grobe Verletzung der staatlichen Souveränität zweier Nachbarstaaten durch Irak, wirft gleichzeitig auch ein Licht auf die Doppelmoral und die Heuchelei westlicher Staaten. Während im Falle Irans die USA und die übrigen wichtigen Staaten der Völkergemeinschaft die Verletzung der staatlichen Souveränität durch Irak hinnahmen und jegliche Verurteilungen des Aggressionsaktes durch die UNO verhinderten, wurde im Falle Kuwaits mit allen denkbaren Mitteln einschließlich einer militärischen Intervention reagiert.

Saddam Hussein propagierte die Parole, die Öleinnahmen gehörten allen Arabern und nicht Prinzen und Königen. Gegen die arabischen Verbündeten Amerikas rief er zum „heiligen Krieg“ aus.

Öl und Afghanistan

In dieser Tradition stehend erklärte Verteidigungsminister William Cohen 1999, daß die USA zum „unilateralen Einsatz militärischer Macht“ verpflichtet seien, um lebenswichtige Interessen zu verteidigen. Dazu gehört „die Sicherung uneingeschränkter Zugangs zu Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen“.

Die US-Ölstrategie ist, letztlich unter Einsatz militärischer Gewalt die neokolonialistischen Handelsbeziehungen mit den Ölstaaten aufrechtzuerhalten und zu verhindern, dass die Völker dieser Staaten die volle Souveränität über ihre eigenen Ressourcen erlangen. Um zu verhindern, daß sie für ihr Öl im freien Handel auf den internationalen Märkten das erhalten, was es wert ist. Das steht im Einklang mit kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen aller Industriestaaten, weshalb diese auch bereit sind, sich an den entsprechenden militärischen Aktionen, wenn nicht direkt, so doch finanziell, zu beteiligen.

Denn wird Öl knapp und damit teuer, stehen Autos und Maschinen still und

die Konjunktur der Industrieländer bricht ein. Auf kurze Sicht gibt es keine Alternative, weil es den Energiekonzernen weitgehend gelang, den Weg in die solare Weltwirtschaft zu verstellen. Deshalb war und ist die Politik der Industrieländer unverantwortlich, und es ist im höchsten Grade irrsinnig, unsere grundlegenden Energie- und Umweltprobleme mit high-tech Waffen weltweitzilich lösen zu wollen.

Sicherheit durch Befreiung von der Energie-Abhängigkeit

Ohne dass wir es richtig bemerkt hätten, haben wir die Selbstbestimmung über unsere elementaren Lebensgrundlagen verloren. Ignoranz hat Institutionen, deren Namen wir nicht einmal kannten, geschweige denn ihren politischen Einfluss, zu Milliarden geschäften und unangreifbaren Monopolen verholfen. Erst als der Dreck in Luft und Gewässern unübersehbar wurde, kam das Verdrängte in die öffentliche Diskussion. Bisher ist vordergründig alles gutgegangen. Doch wir wissen ganz genau: mit dem Ausverkauf der Natur wird jeder von uns mitverschuldet.

An den Wurzeln unseres Lebens nagt die Angst. Damit wächst das dringende Bedürfnis nach Sicherheit. Gleichzeitig präsentieren sich die Angst-Entsorger, die öffentlichen Beschwichtigtiger, mit dem Satz „wir haben alles im Griff“.

Jimmy Carter, ehemals Atom-U-Boot-Ingenieur und Präsident der USA (1977-81), hatte den Teufelskreis der US-Ölstrategie erkannt. Er wollte u.a. die Abhängigkeit der USA vom Nahost-Öl beenden. Doch verlacht, deprimiert und erschöpft musste er gehen. Er hinterließ die Studie „Dispersed, Decentralized and Renewable Energy Sources: Alternatives to National Vulnerability and War“. Zu deutsch: „Verstreute, dezentralisierte und erneuerbare Energiequellen: Alternativen zur nationalen Verwundbarkeit und Krieg“.

Diese aufregende, aber nur wenigen bekannte Dokumentation wurde von etwa fünfzig Naturwissenschaftlern und hohen Militärs erarbeitet. Sie belegt auf

340 Seiten, dass kein Land verteidigt werden kann, das eine so zentralisierte Elektrizitätsversorgung hat wie beispielsweise die USA oder Deutschland. Ist die zentrale Stromversorgung entsprechend beschädigt, fällt die Grundlage zum Überleben aus.

Die Amerikaner zitieren Albert Speer, Ex-Reichsminister für Bewaffnung und Munition: „Die Zerstörung der ganzen Industrie kann mit wenig Aufwand erreicht werden via Kraftwerke.“ Und sie zitieren den ranghöchsten Elektro-Ingenieur des mächtigen deutschen Stromgiganten RWE, Dr. Roser, der nach dem Krieg sagte: „Der Krieg wäre zwei Jahre früher zu Ende gewesen, wenn die Alliierten sich darauf konzentriert hätten, unsere Kraftwerke zu bombardieren (...). Ihre Angriffe auf unsere Kraftwerke kamen zu spät. Diese Arbeit hätten sie 1942 getan haben müssen. Ohne unsere öffentlichen Elektrizitätswerke hätten wir unsere Fabriken nicht betreiben und Kriegsmaterial produzieren können. Sie hätten dann den Krieg gewonnen und es wäre nicht nötig gewesen, unsere Städte zu zerstören. Deshalb wären wir jetzt in einer viel besseren Lage, uns selbst zu helfen. Ich weiß, das nächste Mal machen sie es besser!“ Japan dagegen hatte ein sehr dezentralisiertes Energienetz während des II. Weltkrieges. Dazu bemerkte die US-Luftwaffe: „Das Elektrische Energiesystem Japans war niemals ein strategisches Ziel, denn die Kraftwerke waren so zahlreich, klein und unzugänglich, dass deren Zerstörung unpraktikabel, wenn nicht sogar unmöglich gewesen wäre.“

Weiter heißt es in der Studie: „Im Moment einer Konfrontation mit der Sowjetunion, in der die amerikanische Gesellschaft beträchtlich mehr verwundbar ist als die sowjetische Gesellschaft, ist die Glaubwürdigkeit der US-Atom-Abschreckung stark verringert in Beziehung zum sowjetischen militärischen und diplomatischen Druck auf Europa, wenigstens in den Augen der Sowjets und Westeuropäer. Es ist jedoch erstaunlich, dass lokale, dezentrale Konzepte für den Zivilschutz und zur Ver-

teidigungsplanung nicht so ernst genommen werden, wie die dezentralen Konzepte zum Schutz der Atomwaffensysteme.“

Diese nüchternen Daten und Ansichten würden in Rußland und Deutschland ausreichen, die Studie als „Streng Geheim“ in den Panzerschränken des Staates verschwinden zu lassen. Doch US-Präsident Jimmy Carter hat in seinen letzten Amtstagen diese Studie zur „unbeschränkten Veröffentlichung“ freigegeben.

Wenn etwa fünfzig Naturwissenschaftler und hohe Militärs eine Sache wirklich unter die Lupe nehmen, bleibt es nicht bei Lappalien: Die Studie warnt und empfiehlt eindringlich: „Verstreute, dezentralisierte und erneuerbare Energiequellen können die nationale Verwundbarkeit vermindern und das sichere Eintreffen eines Krieges, indem sie anstatt der verwundbaren zentralisierten Ressourcen eingesetzt werden.“

Zum Verständnis einige Zitate aus der amtlichen US-Studie: „Die Rohstoffe, die erforderlich sind, um viele Einzelteile einer Anzahl von konventionellen und alternativen Technologien zu produzieren, gehören zu den ‚strategischen Rohstoffen‘. Generell gilt: Ausrüstung höherer Technologie und Geräte, die bei hohen Temperaturen betrieben werden, brauchen mehr ‚strategische Rohstoffe‘ als einfache, sozusagen niedrige Technologien. Anders als bei konventionellen Energie-Technologien, können viele der ‚kritischen Materialien‘ die in den Reaktorkernen verwendet werden, in Zukunft nicht wieder verwendet werden, da sie zu stark radioaktiv verseucht sind. Dieses einzigartige Merkmal der Atomkraft hat einen erheblichen Einfluss auf die Politik, wenn große Mengen von strategischen Rohstoffen diesem Bereich der Energiewirtschaft anvertraut werden. Eine große Produktionssteigerung künstlicher Treibstoffe (zum Beispiel mittels Kohleverflüssigung) oder der Bau großer, moderner Kraftwerke erfordert bedeutende Mengen dieser bedrohten und schwindenden Rohstoffe. Da die Energieerzeu-

gungs- und Energieverteilungswirtschaft abhängig ist von strategischen Rohstoffen, verstärkt dieses unsere Verwundbarkeit. Es ist kaum eine Übertreibung, festzustellen, dass der Westen in jeder Hinsicht verwundbar ist bis zum Chaos beim Abgeschnittensein von strategischen Rohstoffen wie bei einem Ölimportstopp. Kürzlich veröffentlichte das Nationale Strategische Informationszentrum einen Bericht, in dem es hieß: „Die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Verbündeten, sind in zunehmendem Maße unfähig, genügenden Einfluss weltweit auszuüben, um den ununterbrochenen Fluss von Rohstoffen aus der Dritten Welt zu garantieren - und: sofortige Aktionen müssen unternommen werden.“

Zwei Jahrzehnte wurden verplempert, ohne ernsthaft auf verstreute, dezentralisierte und Erneuerbare Energiequellen umzustellen; noch schlimmer, die Abhängigkeit von Öleinfuhren aus dem krisengeschüttelten Nahen Osten wurde hemmungslos weiter gesteigert.

Der Terrorist setzt sein Leben ein. Einem solchen Gegner kann keiner drohen. Dagegen ist die bisherige Kriegsführung machtlos. Wir müssen erkennen, die neuen mit brutalen Mitteln ausgetragenen Konflikte sind nicht mit Gegengewalt und Unterdrückung zu lösen. Die Prinzipien einer alternativen Sicherheitspolitik liegen längst ausformuliert vor. Möglichst viele Staaten, Organisationen und Menschen müssen in die globale Politik einbezogen, an Wohlstand und Sicherheit, beteiligt werden. Anstatt draufzuhauen, müssen wir den Mangel an Wasser und Bildung, die die Grundlagen für den Hunger und die bittere Armut in einer zunehmend ruinierten Natur sind, bekämpfen. Doch stattdessen werden auf Kosten der Zukunft kurzfristig Unsummen für militärische Aktionen und Waffen mobilisiert, verringern die Industrieländer seit Jahren ihre Hilfe, schreiben ganze Kontinente ab.

Mitte der neunziger Jahre gelangten in Afghanistan die Taliban mit US-Milliarden an die Macht. Die USA hatten sich

von einer stabilen Regierung unter anderem Unterstützung bei einem Pipeline-Projekt des US-Konzerns Unocal versprochen. Es sollte die Energievorräte der zentralasiatischen Staaten erschließen. Doch nicht zuletzt weil Menschenrechtsgruppen verstärkt auf die unhaltbare Ideologie der islamischen Taliban aufmerksam machten, wurde Amerika dieses Engagement zu prekär, es zog sich zurück. Afghanistan, voll gepumpt mit Waffen und ohne Rückgriffsmöglichkeit auf eine zivile Gesellschaftsordnung, wurde sich selbst überlassen. Es landete auf der Müllhalde der Zeitgeschichte, oder anders gesagt: der neuen Weltordnung der neunziger Jahre. Dort wurde es vergessen. Nun kehrte es auf tragische Weise zurück.

Nun fallen Bomben, zwischen Raketen, unsere high-tech-Überlegenheit todbringend den nach zwei Jahrzehnten Krieg Zermürbten. Hunderttausende, die praktisch alles verloren, auf der Flucht in den Bergen Afghanistans in die bittere Kälte hinein, ohne Lebensmittel und ohne Schutz vor dem strengen Winter, während wir gemütlich im Warmen fernsehen.

Wie viele Jahrzehnte müssen noch mit ungeheurem Leid und furchtbarem Tod vergehen, bis unsere westliche Welt begreift, daß wir niemals unser Glück und unseren Frieden auf Kosten ferner Kontinente, der Zerstörung der Natur und der Abhängigkeit von erschöpflichen Energiequellen finden können?

Ulrich Jochimsen, Vize-Präsident des BEE, Netzwerk Dezentrale Energienutzung e.V., Potsdam, e-mail: jochimsen@netzwerk-den.de